

## Pressemitteilung

### **Große Koalition – die Mittelstandsvereinigung sieht im Koalitionsvertrag neben Verbesserungen für den Mittelstand auch Risiken und konkrete Belastungen**

CDU, CSU und SPD haben sich nun geeinigt, wie sie Deutschland in den nächsten vier Jahren gemeinsam regieren wollen. Das Ergebnis ist für Menschen mit wirtschaftlicher Vernunft eher enttäuschend – große Ideen und Pläne für Deutschlands Zukunft sucht man im Koalitionsvertrag vergebens. Positiv: Im Koalitionsvertrag wurden einige Forderungen der SPD verhindert, die eine deutliche Belastung für die Sozialsysteme sowie für Wirtschaft allgemein und insbesondere den Mittelstand bedeutet hätten.

Gleichzeitig enthält der Koalitionsvertrag eine Reihe von Verbesserungen und Chancen für den Mittelstand. Dazu zählen u. a. eine Stabilisierung der Sozialausgaben für Arbeitnehmer und Arbeitgeber unterhalb von 40 Prozent, steuerliche Forschungsförderung, insbesondere für kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU), ein Investitionsprogramm „Digitalisierung des Mittelstands“ zur Förderung digitaler Technologien, Befreiung von der Umsatzsteuervoranmeldung für neu gegründete Unternehmen in den ersten beiden Jahren, Vereinfachung von Antrags-, Genehmigungs- und Besteuerungsverfahren für Gründer, Reduzierung von Statistikpflichten, gründerfreundliche Altersversorgungspflicht für alle Selbstständigen, Fachkräftezuwanderungsgesetz, um leichter qualifizierte internationale Fachkräfte zu gewinnen, Maßnahmen zur besseren Nutzung des Potenzials von Eingewanderten für den Arbeitsmarkt, Unterbindung von missbräuchlicher Zuwanderung in soziale Sicherungssysteme, gerechte Besteuerung großer Konzerne, flächendeckender Ausbau mit Gigabit-Glasfaser-Netzen bis 2025 u. v. m.

Dennoch enthält der Koalitionsvertrag Risiken und konkrete Belastungen, die sich auf den Mittelstand negativ auswirken (können). Fünf kritische Punkte sind die folgenden:

- **Keine klare, schriftlich fixierte Absage an eine Transfer-Union in Europa.** Damit besteht das Risiko, dass die Mittelverwendung in der EU nicht mehr von den nationalen Regierungen bzw. Parlamenten begrenzt und gesteuert werden kann. Auch die pauschal angekündigten höheren deutschen Beiträge zum EU-Haushalt bedeuten ein finanzielles Risiko. In Kombination mit der von der SPD öffentlich geäußerten Interpretation des Koalitionsvertrags und der **Vergabe des Bundesfinanzministeriums an die SPD in Kombination mit dem Auswärtigen Amt** (Europapolitik). Damit ist ein erhebliches Risiko für die deutschen Steuerzahler verbunden.
- Veränderung der Rentenformel mit Festschreibung der Rentenniveaus auf 48 Prozent bis 2025 **ohne Finanzierungsvorschlag**, Einführung einer beitragsfinanzierten Mütterrente II und keinerlei Aussagen, wie das Altersvorsorgesystem demografiefest gestaltet werden kann.
- **Keine Abflachung des Mittelstandsbauchs im Steuertarif** oder eine Verschiebung des Spitzensteuersatzes, Abschaffung des Solidaritätszuschlags nur für die unteren ca. 90 % der Einkommensteuerzahler ohne eine Aussage, bis wann der Soli-Zuschlag für die restlichen (insbesondere für Mittelständler) abgeschafft werden soll.
- Deutliche Einschränkungen im Arbeitsrecht für Arbeitgeber und nahezu keine Flexibilisierung bei den Arbeitszeiten, Nichtbeachtung der Tatsache, dass **das bestehende Arbeitsrecht** größtenteils die Arbeitswelt des 20. Jahrhunderts widerspiegelt und **dringend reformiert und an die neuen wirtschaftlichen Realitäten angepasst werden muss**.
- **Kaum marktwirtschaftliche Reformansätze bei der Energiewende**, keine Begrenzungsziele für die EEG-Umlage, Erhöhung des Ausbauziels der erneuerbaren Energien bis 2030 von 50 auf 65

Prozent, ohne dies mit konkreten Grundlast-, bzw. Speicher- oder Netzsynchronisierungsaufgaben zu verbinden.

Die Investitionen, die dringend benötigt werden, damit Deutschland den Rückstand in zukunftsentscheidenden Bereichen wie z. B. der Digitalisierung aufholt, fallen eher bescheiden aus. Aber auch die Bedeutung, die die Politik der Digitalisierung beimisst, scheint eher gering zu sein – ein im Kanzleramt eingebetteter Staatssekretär für Digitalisierung, der direkt der Kanzlerin/dem Kanzler berichtet, hätte verdeutlicht, „Die Digitalisierung ist Chefsache!“.

Auch eine wirtschaftliche Weitsicht vermisst man – anstatt in der aktuellen Hochkonjunkturphase sparsamer mit den Steuerüberschüssen umzugehen und Vorsorge für die Zeit des nächsten Wirtschaftsabschwung zu tragen, werden kostspielige Maßnahmen geplant, deren Abdeckung auf der Finanzierungsseite alles andere als sicher gelten kann.

Die aufgezählten Kritikpunkte bereiten umso mehr Sorgen, weil sie mit der vorgesehenen Aufteilung der Ressorts personell potenziert werden. Wie das Handelsblatt ausgerechnet hat, verfügt die SPD mit den ihr zugefallenen Ministerien über mehr als die Hälfte des Bundeshaushaltes - eine Partei, die gerade mal 20,5 Prozent der Wählerstimmen erhalten hat! Völlig unverständlich, dass die CDU mit der Abgabe des Finanzministeriums eine ihrer Kernkompetenzen abgibt. Wenn der Verzicht auf die Gestaltungshoheit in einem der wichtigsten Regierungsressorts der Preis dafür ist, dass die SPD-Parteibasis dem Koalitionsvertrag zustimmt, dann ist dieser Preis zu hoch und unbegründet.

Der Mittelstand erwartet vom bevorstehenden CDU-Parteitag am 26. Februar in den politisch und wirtschaftlich wichtigen Bereichen eine klare Formulierung der Positionen, die die CDU weiterhin als Garant für eine Führung in Deutschland und Europa zeigt, die auf wirtschaftlicher Vernunft basiert.

Wir als Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung können es nicht gut heißen, dass zentrale CDU-Werte und Gestaltungsmöglichkeiten aufgegeben werden sollen, erst recht nicht in einer großen Koalition mit einem Junior-Partner SPD.

Bielefeld, den 19.02.2018

Stojan Kamburow  
Vorstandsvorsitzender

Kreisverband Bielefeld der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU

Am Schnatbach 41a, 33719 Bielefeld  
Tel: 0521 326 8404, E:stojan.kamburow@t-online.de